

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großhilds behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipz. Laubacher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig:**
Laubacher Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonellzeile 35 Pf., bei Vorauszahlung 40 Pf., Stellenangebote 10geleit. Kolonellzeile 25 Pf., Familienanzeigen von Privatpersonen 10geleit. Kolonellzeile mit 50% Nachlag. Reklamezeile 2 Mk., Inserate v. ausw.: die 10geleit. Kolonellzeile 40 Pf., bei Vorauszahlung 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Verleger, unsere Zweigabteilungen und alle Postanstalten entgegen

Und dann die Demokraten Oberbürgermeister Böß und Stadtverordneter Rosenthal

Ratschläge an Allstein und Wosse

- Die DDP verweist: Korruption und Claquewesen jeglicher Art . . .
- Die DDP verschmäht: Verbreitung kommunaler Greuelmärchen von anderen Gegenden Gruppen und Personen . . .

Wir entnehmen diese Sätze einem gelben Wahlplakat, das die Demokraten an die Anschlagtafeln Leipzigs kleben ließen. Wenn man's so hört, mag's leidlich scheinen. Der Schreiber des Plakats dürfte mit den Verhältnissen in der Berliner Asphalt- und Asphaltindustrie recht enge Beziehungen haben, denn die Presse der Wosse und Allstein hat den zweiten Grundsatz geradezu schonungslos durchgeführt. Sie verschmähte die Verbreitung kommunaler Greuelmärchen von anderen Gegenden Gruppen und Personen", denn ausgesprochen die Presse der Demokraten stand Seite an Seite mit den wüsten Hehern der Hugenberg-Feinmüllfabriken, um den Berliner Oberbürgermeister, Herrn Dr. Böß, zur Strecke zu bringen. Herr Böß ist Demokrat, obwohl er jetzt von den Bürgerlichen aller Schattierungen schändlich den Sozialdemokraten an die Rodhöhe gehängt worden ist. Herr Böß gehört zur Partei der Allstein und Wosse. Die Goldschreiber beider Verlage haben demzufolge in geradezu wahrer Wahnsinnigkeit den Grundsatz durchgeführt, den die Demokraten Leipzigs an allen Ecken plakatierten.

Um eine Sensation, die irgendein Langohriger in irgendeinem der Regierungscouloirs aufzuspüren vermag, verkauft die Demopresse in Berlin die Republik, die Große Koalition . . . Sie fragt nicht danach, ob eine solche Notiz den größten Schaden stiften kann. Geschäft ist ihr alles. Die Wosse mit Herrn Georg Bernhard, dessen Rechte nicht weiß, was seine Hintermänner mit der Linken tun, an der Spitze. Die Wosse, das Nach- und das Sensationsblatt und das Sensationsblatt Tempo wetteifern mit den Hugenbergen von der Nachtausgabe und vom Pafal-anzeiger um die Palme des Siegs. Und die eigene Presse des Berliner Oberbürgermeisters, das Tempo, in stärkstem Tempo immer vornean, hat den Gewaltigen vom Roten Rathaus recht eigentlich zur Strecke gebracht. Darum entspricht der Satz auf dem Wahlplakat der Leipziger Demokraten durchaus der Wahrheit. Und wenn es das Haupt der Demokraten ist, Sensation ist alles, auch wenn die geheiligte Partei zugrunde geht.

Dabei sei nichts zugunsten des Berliner Oberbürgermeisters gesagt. Er bezieht ein Gehalt, das das des Reichsanzalters weit übersteigt. Das Oberhaupt der Stadt Berlin hat von den Sklareks einen Pelt bezogen und die Presse seiner Partei war gütig genug, die Beziehungen zwischen Sklarek und Böß weitgehend aufzuklären. Dabei ist restlose Klarheit noch immer nicht gewonnen worden. Die Aussagen des Berliner Oberbürgermeisters stehen im Gegensatz zu den Angaben, die seine Frau macht. Auf Grund der Aussage des Herrn Böß haben die Gebrüder Sklarek der Frau Oberbürgermeister die Pelzjacke „aufgedrängt“, während nach der Version seiner Gemahlin die Sklareks nur auf die Lasten verweisen hätten, daß sie „besonders gute Verbindungen mit Pelzhändlern“ aufgenommen hätten. Als dann Frau Böß in der kühlen Talschlucht von Gastein bedenklich vor „erinnerte sie sich“ der „guten Verbindungen mit Pelzhändlern“, die die Sklareks hatten. Sie bestellte einen Pelz, wurde ordnungsgemäß abgeliefert. Der Oberbürgermeister bezahlte auch einen Teilbetrag. Einen weiteren Teil opferte er zu Wohlthatigkeitszwecken. Nur weiß heute, trotz der Geschwätzigkeit der Demopresse, noch niemand positiv anzugeben, wo Dr. Böß den Wohlthäter nimmt. Von Amerika zurückgekehrt, hat er unverzüglich die Pelzjacke an den Kontursgewalter der Sklareks zurückgegeben. Schade, daß er sich nicht vor der Abreise in die seligen Kinogebilde von Hollywood zu dieser Handlung zu entschließen vermochte. Die Presse seiner eigenen Partei wäre damit freilich um eine ihrer Sensationen gekommen. Allstein und Wosse hätten einige Groschen weniger verdient. Aber die Leipziger Demokraten hätten dann ihr Wahlplakat anders fassen müssen. Wie denn aber sei, Herr Böß bleibe der Repräsentant des nasenrumpfenden Bürgerturns.

Eine besondere Perle der Berliner Demokraten ist der Stadtverordnete Rosenthal, der mit dem Bezirksbürgermeister Schneider in engsten Beziehungen stand. Darüber berichteten vor einiger Zeit die Zeit-Notizen wie folgt:

An der Straßauer Straße liegt ein Grundstück, das zu einem notwendigen Straßendurchbruch von der Stadt gebraucht wird. Dieses kaufte der Stadtverordnete Herr Rosenthal, der davon wußte, und bot es der Firma T e l e k an, die auf ihm ein Verwaltungsgebäude errichten wollte. Da dieses dem Durchgang gesperrt hätte, mußte sich die Stadt zu einem Angebot städtischen Geländes in der Straßalstraße an T e l e k bequemen. Dieses war aber zu dessen

Zweck zu klein; „der Zufall“ brachte es mit sich, daß die Nachbargrundstücke wiederum dem Herrn Rosenthal gehörten, der sie unmittelbar vorher gekauft hatte, von dem also T e l e k wieder kaufen sollte. Herr Bürgermeister Schneider schlug vor, der Firma als Entschädigung für den Tausch des ihr von Herrn Rosenthal angekauften Grundstücks außerdem drei Millionen Mark dar aus der Stadtkasse zu zahlen. Das von Rosenthal und Schneider, die den Straßendurchbruchplan der Stadt durch ihre Amtstellung

kannten, eingefädelt Geschäft sollte also dazu dienen, aus städtischen Geldern einen privaten Nutzen zu ziehen.“

Die Freistellungen, die inzwischen gemacht worden sind, an denen sich aber die Demopresse weniger beteiligt hat, haben diese Angaben im wesentlichen bestätigt. Woraus sich ergibt, daß der Vorjah der Demokraten in Leipzig durchaus berechtigt ist, nach dem „Korruption und Claquewesen jeglicher Art“ verhindert worden soll.

Jedenfalls bezeugt der Fall des Berliner Oberbürgermeisters, dessen sonstige Verdienste nicht geschmälert werden sollen, sowie der Fall Rosenthal, dem sich noch ein Viertel-dugend anderer aus dem Sklarek-Komplex angliedern ließen, und insbesondere der Fall der Demopresse, daß der Kampf gegen „Korruption und Claquewesen jeglicher Art“ durchaus gerechtfertigt ist. Nur ist die Demokratische Partei für derartige Kämpfe besonders ungeeignet, da die Demokraten die unerschrockenen Kämpfer für Behauptung der kapitalistischen Wirtschaft sind. Sie lehnen jedweden gemeinwirtschaftlichen Gedanken ab. Die Demokraten feiern den Individualismus im Wirtschaftsleben. Die ungehemmten Bereicherungsinstitute privater Kapitalisten aber fördern die Korruption mit Treibhauswirtschaft.

Alles kommt zur Sozialdemokratie Der Kölner Spikendkandidat der KPD-Liste übergetreten

SPD Köln, 15. November.

Der Sekretär der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion in Köln, Sender, hat seinen Austritt aus der kommunistischen Partei erklärt und ist zur Sozialdemokratie übergetreten. Er war von der kommunistischen Partei bereits auf die neue Kandidatenliste zur Stadtverordnetenwahl übernommen worden, hatte aber seine Unterschrift zurückgezogen.

Sender ist der zweite kommunistische Stadtverordnete, der innerhalb kurzer Zeit zur Sozialdemokratie übergetreten ist.

Herr Willi Leow schweigt

Am Abend nach geschlagener „Schlacht“

Ein rotes Gekt-Treffen.



„Lagt uns ruhig noch eine trinken, die dummen Proleten müssen ja doch alles bezahlen.“

Herr Leow, der Rotfront-General, schweigt beharrlich. Dafür schlupft die Sächsische Arbeiter-Zeitung um so mehr. Das Schweigen und das Schimpfen bestätigen nur, daß die von uns und von dem Genossen Böh herausgeschälten Korruptionsfälle in den führenden Kreisen des ZK. und des Rotfrontkämpferbundes nicht zu bestreiten sind. Um Bullen Willi von den Anschlagdichtungen zu reinigen, die u. a. der Bruder Ruth Fischers, Friedländer alias Gerharts, und Hunderte anderer verbreitet hatten, wurde vor einiger Zeit ein Schiedsgericht eingesetzt. Das Schiedsgericht hat natürlich Leow freigesprochen, weil mit Leow das ganze ZK. ins Verderben gerissen worden wäre.

Während das Verfahren im Gange war, wurden allerlei Beschuldigungen ausgestreut. Die Antwort auf eine der von Leow zu seiner Entlastung angeführten Gegenbeschuldigung war unter anderem der nachfolgende Brief des früheren Reichstagsmitgliedes der KPD, Max Schüy. Max Schüy war damals Angehöriger des ZK. Die Andeutungen, die er im vorletzten Absatz seines Briefes machte, beziehen sich auf das Schreiben, das wir vor wenigen Tagen veröffentlicht haben.

Die Rote Fahne hat die Echtheit des vorliegenden Schreibens nicht bestritten. Sie erklärte nur, daß Gerharts diesen Brief dem Vorwärts gegen silberne Schillinge veräußert habe.

Berlin, den 22. April 1929.

Herrn Willi Leow, Mitglied des Reichstags, Berlin NW 7, Reichstag.

Ich bin heute davon unterrichtet worden, daß Sie vor einigen Tagen einen Brief geschrieben haben, in dem auch ich, im Falle Ger-

harts genannt wurde. Sie belieben darin Ausdrücke zu gebrauchen, auf die ich weiter nicht eingehen will. Sie teilen in diesem Brief auch mit, daß es schon allerhand sei, wenn ein Stroch sich auf den sogenannten „Schüy“ beruft.

Ich habe bisher im Interesse der kommunistischen Partei und des Rotfrontkämpfer-Bundes zu allen Vorkommnissen geschwiegen. Dies wird aber unmöglich, wenn ein Mensch wie Sie, der leider noch eine führende Rolle in der kommunistischen Bewegung spielt, sich anmaßt, über Personen ein Urteil zu fällen, um seine eigene lumpenproletarische Anwandlung in der Öffentlichkeit zu verbergen.

Sie haben sich veranlaßt gefühlt, gegen einen Ihrer Parteigenossen ein Schiedsgericht einzuberufen, weil er Dinge zur Sprache gebracht hat, die Sie betreffen. Ich möchte hierbei erwähnen, daß ich diesen Ihrem Genossen die Tatsachen nicht unterbreitet habe, Sie wohl aber alle tenne.

Sie haben nicht nur in einem Cafe am Alexanderplatz eine Zecher gemacht, die Sie mit Ihrem eigenen Gelde nicht bestreiten konnten, sondern haben Sie immer auf großen Ruhe gelebt und dazu immer die Mittel aus den Jähren zur Verfügung stehenden Kassen genommen. Würde die Parteileitung eine ordnungsmäßige Revision der Kasse vornehmen, so würde man sicher bald darauf stehen, wieviele Tausende von Mark einen unbekanntem Weg gegangen sind. Darf ich Sie vielleicht auch daran erinnern, daß Sie Gelder, die Sie für die Leitung des Rotfrontkämpfer-Bundes bekommen haben, für sich verwendet haben?

Darf ich Sie weiter daran erinnern, daß Sie bei einem roten Treffen in Dortmund abends dieses rote Treffen mit Wein und Sekt gefeiert haben? Veranlassung dazu gab Ihre Freundin, die sich nicht scheute, im Beisein von Parteigenossen (Kellner des betr. Lokals) zu erklären: „Lagt uns ruhig noch eine trinken, die dummen Proleten müssen ja doch alles bezahlen.“

Sie haben gegen diese Rede keine Stellung genommen, sondern haben dem Verlangen Ihrer Freundin stattgegeben. Dies beweist schon genug, welche Meinung Sie von den Interessen der Proleten haben.

Vielleicht mag es Sie noch interessieren, daß sich in meinen Händen noch eine Aufstellung befindet über Gelder, die Sie, als Sie noch ganz, ganz klein waren, an die Führungskräfte der Märzaktion auszahlen mußten. Die Liste kommt ich später, als ich Mitglied der Zentrale war, mit Ihrer Aufstellung vergleichen und konnte feststellen, daß Sie sich bei der Auszahlung immer wesentlich zu Ihren Gunsten geirrt hatten. So fing der kleine Leow an. Indirekt waren damals verschiedene Flüchtlinge gezwungen, da die Gelder ausblieben, im Bergbau zu arbeiten. Wätschlich war damals die Unterbringung verschiedener Flüchtlinge bei der Zecher, Moni Genus in Sodingen.

In diese Zeit fiel gerade das große Grubenunglück, wobei verschiedene verlorgte Parteigenossen ihr Leben einbühten. Ob Sie zu retten gewesen wären, wenn Sie Geld zur Verfügung gestellt hätten?

Diese kleine Auslese mag heute genügen. Sie brauchen sich mit mir in einen Schriftwechsel nicht einzulassen und betrachte ich mit diesem Brief die Angelegenheit vorläufig als erledigt.

Max Schüy